





zischen Schwierigkeiten und besonders wegen der finanziellen Belastung höher noch nicht durchgeführt werden.

2. Die Annahme der Kontrollkommission, daß die nicht uniformierte Polizei in unzulässiger Weise verhört worden sei, ist gleichfalls abgelehnt. Das Ordnungspolizei gehörten begriffsmäßig nur die im Verband Dienst vermittelten uniformierten Spezialbeamten, nicht aber die Beamten der Kriminal- und Verwaltungspolizei. Es ist also davon auszugehen, daß der Beschluss von Boulogne über die Vermeidung der Ordnungspolizei sich auf die uniformierte Spezialpolizei bezieht, und daß die in Voll dienst Beamten der Kriminal- und Verwaltungspolizei nicht in die Zahl der zugelassenen 150 000 Mann eingerechnet sind.

Bei den Verhandlungen mit der Kontrollkommission ist denn auch, als dieser Punkt zur Sprache kam, keine Einwendung gegen die Ausfassung der deutschen Regierung erhoben worden. Für die nicht uniformierte Polizei gilt weiter noch wie vor der Art. 182 des Friedensvertrages, wonach eine Vermeidung im Verhältnis der seit 1913 in den betreffenden Deutschen oder Gemeinden eingetretene Verordnung zu nehmen ist. Über diese Grenze hinaus ist die nicht uniformierte Polizei nicht vermeidet worden.

Die zur Nachweilung erforderlichen, in der Note vom 23. Dezember erzielten Angaben über den Verlust der verschiedenen Klassen der Polizeibeamten und Polizeieinstellungen nach dem Antritt von 1913 und 1920 werden so bald wie möglich übermittelt werden. Es wird jedoch schon jetzt darauf hingewiesen, daß die Regierungen der Länder zur Beauftragung der nötigen Unterlagen einer gewissen Zeit bedeckt werden, da wegen der vollkommen durchgeführten Dezentralisation hierzu erneute Verträge von allen gesetzten Gemeinden eingefordert werden müssen.

Auch im übrigen steht selbstverständlich der Kontrollkommission und ihren Organen alles etwa gewünschte Material zur Verfügung.

Die deutsche Regierung hat sich bei der Vermeidung des Polizeieinsatzes auf das loyalste an die Bestimmungen des Friedensvertrages und der Notes vom 22. Juni und 12. August 1920 gehalten. Sie muß den Vorwurf der Vertragsverletzung in der bestimmtesten Form als unberechtigt zurückweisen.

Geschätzten Sir, Herr General, den Anstand meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(ges.) Daniel

## Antwortnoten der Entente

Um die Verfeindigung der Nordseekäste.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 3. Januar.

Eine Entente note, die sich mit den Besitzungen an der Nordseeküste beschäftigt, ist hier eingetroffen. Sie besagt u. a.:

Unter dem 4. Dezember haben Sie der Konferenz eine Note geschickt, wonach die deutsche Regierung sich gegen die Entscheidung ausschlägt, die die interalliierte Militärkontrollkommission über die Werke und Befestigung der Plätze getroffen hat, die Deutschland nach Art. 106 des Vertrages von Versailles unterhalten darf. Ich bittete mich Ihnen mitzuteilen, daß nach gründlicher Prüfung der Frage, ob die Botschafterkonferenz die Befestigung der deutschen Regierung in keiner Weise wider in Ihren Grundlinien, noch in den Einzelheiten geltend lassen kann. Die Konferenz hat daher beschlossen, die Entscheidung der Kontrollkommission unverändert aufrecht zu erhalten. Die alliierten Mächte erwarteten, daß unter diesen Umständen die deutsche Regierung sich nicht länger der Ausführung einer Entscheidung widersetzt wird, welche nur die genaue Anwendung einer militärischen Bestimmung des Friedensvertrages darstellt.

Wie wir von zuständiger Stelle über die Vorgeschichte dieser Note erfahren, hatte die deutsche Regierung in Ausführung der Bestimmung des Artikels 106 des Friedensvertrages den alliierten Überwachungsausschüssen Eisen über die am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages vorhandenen Befestigungsarbeiten und über die Zusammenziehung der Befestigungsarbeiten übergeben. Die interalliierte Militärkontrollkommission hat daraus unter den vorhandenen Anlagen und Ausrüstungen willkürlich eine Auswahl getroffen und die durch den Vertrag gewährleistete Befestigung der wertvollsten und modernsten Verteidigungsanlagen und Ausrüstungen, insbesondere der Eisenbahnen und der Artilleriebatterien, abgelehnt. In ihrer Note vom 4. Dezember, deren abschließige Verantwortung vorliegend mitgeteilt werden ist, hatte die deutsche Regierung die Botschafterkonferenz ersucht, die Angelegenheit ihrerseits zu prüfen und die Kontrollkommission entsprechend anzusehen. Die deutsche Regierung hatte sich dabei auf den Wortlaut des Artikels 106 berufen, wonach alle bestehenden Werke und Anlagen der deutschen Nordseeküste als zur Verfeindigung der Nordseekäste bestimmt gelten, und zwar in dem Zustand, in dem sie zur Zeit des Inkrafttretens des Friedensvertrages sich befanden. Da die interalliierte Militärkontrollkommission in der Beweglichkeit einzelner Geschütze einen Grund zur Ablehnung angegeben hatte, so hatte sich die deutsche Regierung bereit erklärt, einzelne Geschütze fest einzubauen, um diesen Ablehnungsgrund zu beseitigen.

Berlin, 3. Januar.

Von der Botschafterkonferenz ist bei der deutschen Friedensdelegation in Paris am 31. Dezember 1920 eine Note eingetroffen, in der es heißt: Unter dem 4. Dezember haben Sie der Konferenz eine Note überbracht, in der die deutsche Regierung erklärt, daß der Antrag festzuhalten ist, daß eine Ausstattung der Polizei mit Luftfahrzeugen wieder gegen den Vertrag von Versailles noch gegen die Abmachungen von Spa verstößen würde. Ich bittete mich Ihnen mitzuteilen, daß die Konferenz nach erneuter Prüfung der Frage nur in aller Form ihre frühere Entscheidung aufrechterhalten kann. Das Bestehe einer Luftpolizei steht offenbar in Wider spruch zu Artikel 198 des Vertrages, und der Bildung von Ausbildungsgeschäften für die Polizei würde dem Absatz 3 des Artikels widriderlaufen. Außerdem haben die alliierten Regierungen in ihrer Note vom 22. Juni bei der Erteilung der Genehmigung einer Vermeidung der deutschen Polizei die Bedingung gestellt, daß diese mit einer Bewaffnung versehen würde, die ihrer Aufgabe zu entsprechen habe und von der Kontrollkommission zu bestimmen sei. Die Kontrollkommission hat genaue Bestimmungen über die Bewaffnung vorgezeichnet. Die Konferenz steht keine Veranlassung, eine Revision dieser Entscheidung anzutreten.

## Weiterbestehen der interalliierten Kontrollkommission

(Eigener Drahtbericht)

Paris, 3. Januar.

Die Befreiung des Ruhrgebietes wird vorläufig nicht vollzogen. England hat den Ausschluß dieser Maßnahme durchgesetzt, und zwar einer Londoner Handelsmeldung zufolge deshalb, weil der Bericht der interalliierten Kontrollkommission in Berlin erst am 23. Dezember erstattet wurde und die Färs der Zeit es nicht ermöglichte, diesen Bericht abzugrenzen. Die interalliierte Kontrollkommission wird am 10. Januar 1921 nicht, wie es im Friedensvertrag vorgesehen ist, aufgelöst werden, sondern sie soll weiter bestehen, was in einigen französischen Blättern als Strafmaßnahme bezeichnet wird, die man Deutschland zugebucht hat. Dieser interalliierte Kontrollkommission wird aber keine selbständige Körperschaft mehr sein, sondern der Botschafterkonferenz untergeordnet werden. Die englische Regierung will nunmehr noch prüfen, ob Deutschland seine Verpflichtungen in der Abstimmungsfrage nachgekommen ist. Wahrscheinlich wird sie am heutigen Montag ein englisches Kabinettstat mit der Frage beschäftigen. Die gesamte französische Presse tritt dafür ein, daß eine Zusammenkunft der interalliierten Ministerpräsidenten zum mindesten am 10. Januar erfolgen müsse. Der Londoner Korrespondent des "New York Herald" meldet, daß der englische Kriegsminister Churchill in der nächsten Woche nach Paris kommen werde, um festzustellen, ob Deutschland das Abkommen von Spa in der Abstimmungsfrage voll zur Ausübung gebracht habe.

## Beamtenkonferenz im Reichsfinanzministerium

(Drahtbericht)

Berlin, 3. Januar.

Herrn mögen sind im Reichsfinanzministerium zwischen den Vertretern der Reichsregierung und Vertretern der folgenden Organisationen der Beamten- und Arbeiterschaft des Reiches, insbesondere der Eisenbahnen, in Anwesenheit von Vertretern der Länder eine Ansprache über die bestehende Lage und deren Abstellung statt. Von beiden Seiten werden die für die weitere Erledigung der Angelegenheit dienlichen Gesichtspunkte erörtert und durch eine gegenseitige offene Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse der Beamten- und Arbeiterschaft und der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Reiches eine allgemeine Orientierung geschaffen, die weitere Verhandlungen ermöglicht. Am 5. Januar werden die Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichsfinanzministerium nicht fortgesetzt.

## Die Streikbewegung der Eisenbahner

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 3. Januar.

Die Berichte aus dem Reiche über die Abstimmung der Eisenbahner in der Frage des Eisenbahnerstreiks ergeben noch kein geschlossenes Bild. Wohl ist klar, daß nach Berlin ausschließlich solche Nachrichten gelangen, die darauf schließen lassen, daß die Eisenbahner mit Zweidrittelmehrheit sich für den Eintritt in den Streik erklärt haben. Jedoch liegen im Reichsverkehrsministerium andere gültige Zahlen noch nicht vor. Die Einschätzung wird sich demnach vermutlich noch einige Zeit, zum mindesten aber bis morgen abend, hinziehen. Man erwartet im Reichsverkehrsministerium, daß im Ergebnis bei den Eisenbahnerverbänden endgültige Ergebnisse vorliegen, die dem Reichsverkehrsministerium in irgend einer Form mitgeteilt werden, um dann das Reichsverkehrsministerium und das Kabinett zu einer Stellungnahme zu veranlassen. Von einer vollkommenen Alarmbereitschaft der Eisenbahnerverbände selbst jetzt noch nicht die Rede sein. jedenfalls nicht mit einem sofortigen Ausbruch des Streiks zu rechnen. Die Stellungnahme der Verbände in dem besetzten Gebiete, im Rheinlande und im Oberschlesien zu der Eisenbahnerstreikfrage ist noch nicht ganz geklärt. Ein Eisenbahnervertreter war in einer Verkommung in Mannheim betont, daß die interalliierte Kommission nichts gegen einen Streik eintreten wolle, wenn die Ententefrage gefeuert würden. Im Reichsverkehrsministerium glaubt man jedoch, daß hier eine Verweichung vorliegt. Die Entente-Kommission hat bisher nur zu der Abstimmung ihres Zusammensetzung gegeben und hat ihre Stellungnahme im übrigen vorbehalten. Dies um so mehr, als die von der Entente vorgeschriebenen Züge bei einem allgemeinen Eisenbahnerstreik im Mitteldienst gezeigt würden.

Eberfeld, 3. Januar.

Die von der Reichsgemeinschaft deutscher Eisenbahnamen und -verbänden eingetragene Urabstimmung über einen sozialen Streik ergab im Eisenbahnkreis Eberfeld 1170 Stimmen gleich 35,5 Prozent für und 1649 Stimmen gleich 12,0 Prozent gegen den Streik. 240 Stimmen oder 1,9 Prozent waren ungültig. Die Teilnahme an der Abstimmung war außerordentlich stark. Über 90 Prozent der Beamten nahmen daran teil.

Dresden, 3. Januar.

An der Urabstimmung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnamen und -verbänden eines sozialen Streiks beteiligt waren 137 000 Mitglieder 95 Prozent beteiligt. Mit 90 Prozent aller Stimmen wurde der Unstimmigkeit mit den fürsorgemaßnahmen der Regierung Ausdruck verliehen. Die Anwendung des schärfsten gewerkschaftlichen Mittels zur Erreichung der gestellten Forderungen wurde von 83 Prozent der Mitglieder gefordert. Die zum Auftakt eines Streiks erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder ist gesichert.

**Dreiviertelmehrheit der sächsischen Eisenbahner für den Streik**

(Drahtbericht unserer Dresden Schriftleitung)

Dresden, 3. Januar.

Das endgültige Ergebnis der Urabstimmung der sächsischen Eisenbahner liegt nunmehr vor. Es haben sich 75 Prozent für den Streik erklärt. Die Beteiligung an der Abstimmung beträgt 90 Prozent.

**Eine Kundgebung der sächsischen Eisenbahner**

(Drahtbericht unserer Dresden Schriftleitung)

Dresden, 3. Januar.

Der Aktionsausschuß der vereinigten Eisenbahner-Großorganisationen, Bezirk Sachsen, verabschiedet eine Kundgebung, worin nochmals auf die Forderungen der Eisenbahnerverbände und die Begründung der ablehnenden Haltung der Reichsregierung hingewiesen wird. Hierbei kommt es dem Ausschluß offenbar daran, gegen die Reichsregierung Stimmung zu machen und für die Verhandlungen einen scharfen Druck auf sie auszuüben. Dabei verstecken sich die Verbände zu unverhältnismäßigen Drohungen. So wird gelagert, daß die Art der Begründung der Reichsregierung in den Kreisen der Beamten die größte Erbitterung hervorgerufen habe. Die überwältigende Mehrheit der Beamten sei am Ende ihrer Kraft und darum vor der Anwendung des schärfsten gewerkschaftlichen Mittels angelangt. Die Politik der Reichsregierung wird Katastrophenpolitik genannt, die nicht länger fortgesetzt werden dürfe, wenn der Eisenbahnerstreik verhindert werden sollte. Zum Schlusse wird gezeigt: Es mag immer wieder mit aller Klarheit festgestellt werden, daß nur die in der ungebundenen Verantwortlichkeit begründete Besonnenheit der Führer es vermögt hat, die überall emportstammende Empörung bis jetzt zurückzuhalten.

## Kommunistenhege zum Eisenbahnerstreik

(Leipzig, 3. Januar)

In einem Flugblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands werden die Eisenbahner zum gemeinsamen Kampf mit den Arbeitern der Industrie und Landwirtschaft aufgefordert. Das Flugblatt beginnt, der Staat sei bankrott und könne die Pensionen nicht mehr bezahlen. In grellen Farben wird die Not der Eisenbahner gedämpft und diese zu gemeinsamen Kampf aufgefordert, für den die Flugblatt folgende Richtlinien ausspielen:

1. Gegen den Wehr, für den Preisabfall;
2. Für die Kontrolle der Preisfestsetzung, der Preisbedingungen, und Verteilung der wichtigsten Produkte durch Betriebs- und Beamtenseite, durch Gewerkschaften und Genossenschaften;
3. Für die Einführung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, für die Aufnahme der vollen Produktion, für die Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe, für die Umstellung der Lohns- auf die wirtschaftliche Produktion;
4. Für die Befreiung des Eisenbahngutes, für die Einführung der Befreiung und großen Vermögen und
5. für die Emanzipation der Obrigkeit, der Orgeln und Bürgerwohnen, für die Bewaffnung der Arbeiter und Beamten unter Kontrolle der Gewerkschaften.

## Jurücksetzung der Verkehrsinteressen Sachsen

Ein Protest der sächsischen Handelskammer.

(Drahtbericht unserer Dresden Schriftleitung)

Dresden, 3. Januar.

Von den 36 Mitgliedern des Sachsenständigen Beirats des Reichsverkehrsministeriums, der infolge eines von der Nationalversammlung bei dem Übergang der Eisenbahnen auf das Reich getroffenen Beschlusses zu bilden war, wohnen nicht weniger als 23 in Berlin, während 10 im freien Preußen, in den anderen deutschen

Ländern aber nur 5 Mitglieder; Sachsen, das Land mit der dichtensten Bevölkerung, der reichsten industriellen Entwicklung und dem ausgebautesten Eisenbahnnetz, hat überhaupt keinen Vertreter, da der im Wahlkreis Ostholstein gewählt wurde, aber in Berlin wohnende Reichsbahndirektor Dr. Rehder, der Geschäftsführer des Vereins der Eisen- und Stahlindustriellen in Berlin, nicht wohl als Sachverständiger für sämtliche Eisenbahnfragen angesehen werden kann. Die Handelskammer haben daher beschlossen, gegen diese Schiedsverhandlungen nicht für möglich gehaltene Jurisdicition des Verkehrsinteressen Sachsen's einzutreten. Im Zusammenhang damit wurde, um den Ländern wenigstens einen gewissen Einfluß auf das Tarifwesen der Eisenbahnen zu führen, beschlossen, zu beantragen, daß den Ländern entweder in der ständigen Tarifkommission oder im Ausschuß der Verkehrsinteressen eine angemessene Vertretung eingeschafft wird.

## Kommunistischer Antrag zur Erwerbslosenfrage

(Dresden, 3. Januar)

Dem Landtag ist folgender kommunistischer Antrag zugestellt: Der Landtag möge beschließen, die Regierung zu beauftragen, zur augenblicklichen Einleitung der großen Not der Erwerbslosen folgende Maßnahmen sofort durchzuführen: 1. Es kommt eine Welle von 400 000 für ledige und von 600 000 für verheiratete Erwerbslose zur Auslösung. 2. Die Erwerbslosenunterstützung wird um 100 Proz. erhöht. 3. Die Renten werden auf die Erwerbslosenunterstützung nicht angerechnet. 4. Die volle Erwerbslosenunterstützung wird an alle Erwerbslosen gezahlt für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit. 5. Die Mittel für die Erwerbslosenunterstützung sind von den Unternehmen auf dem Wege des Umlageverfahrens gestaffelt nach der Höhe des Umlages und des Reingewinnes der einzelnen Betriebe aufzutragen.

## Reichspräsident und Reichskanzler an den Sohn von Bethmann Hollweg

(Drahtbericht)

Berlin, 3. Januar.

Der Reichspräsident hat an den Sohn des verstorbenen Reichskanzlers von Bethmann folgendes Telegramm geschickt:

Mit dem Gefühl des Verlustes schalle ich jedem die Nachricht von dem untergegangenen Leben Ihres Vaters mit sehr geschränktem Interesse. Ich bitte Sie und Ihre Angehörigen, die Versicherung meiner aufrichtigen und herzlichen Beileidsbekundung entgegenzunehmen.

Der Reichskanzler rief sich an den Sohn von Bethmann Hollweg folgendes Telegramm:

Die unerwartete Niedrigkeit von dem Hinscheiden Ihres Vaters hat mich auf schwierigste Weise getroffen. In dem Verhöre betraut verehrte ich einen Mann mit ausgezeichneten Eigenschaften, dessen ganzes Denken und Werken in langer amtlicher Laufbahn dem Dienst seines Volkes gewidmet war. Ihnen und den Brüdern möge zum Trost dienen, daß alle, die Ihrem Vater nahestanden und einen Einblick in seine staatsmännische Tätigkeit gewannen, sein Andenken ungekränkt durch Parteimeetingen in hohen Ehren halten werden.

Berlin, 3. Januar.

In Hohenstein, wo die Leiche des ehemaligen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg aufgebahrt worden ist, langten heute normtig die ersten Briefeschriften und Telegramme ein. Im Laufe der Nacht traf die Tochter des Verstorbenen, Gräfin von Seck, sowie die Schwester Herrn von Bethmann Hollwegs, die bekanntlich Oberin des Diakonissenhauses Bethmann ist, im Trauerkleid ein. Im Laufe des Tages wird sich auch der langjährige Freund des ehemaligen Reichskanzlers, Staatssekretär a. D. Waldfried, nach Hohenstein begeben.

Der Oberst-Admiral begleitet Kaiser gestorben. In Kühlendorf in Schlesien verschickte am 31. Dezember im 88. Lebensjahr der Standesherr für Friedrich Hermann Johann zu Solms-Braunfels, der frühere Oberst-Admiral des Kaisers und Marineminister der freiwilligen Krankenpflege bei der Armee im Felde. Im einflussreichen preußischen Herrenhaus trat er im Plenum und in den Ausschüssen vielfach mit unerheblichem jährligen Reden hervor.

Berichtigung. In unserer Meldung über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zu der Polizeinote General Rollerts hatte sich ein bedeutender, obgleich sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Der Unterton der Ausdrücke lautet richtig: Die Note vom 23. Dezember von dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission General Rollert an die Reichsregierung gerichtete Note über das Polizeiweisen hat in den Kreisen der Polizeibeamten eine begreifliche Beunruhigung hervorgerufen, die aber fachlich nicht gerechtfertigt erscheint.

## Letzte Handelsnachrichten

\* Zürich, 3. Januar. Berlin 8,05, Wien 1,50, Prag 7,00, Holland 20,25, New York 6,65, London 23,20, Paris 28,60, Italien 22,40, Brüssel 40,30, Kopenhagen 101, Stockholm 181, Christiania



## Soennecken Vertikal- Registratur

Größte Übersicht  
Geringster Raumanspruch

Vertreibungsgebäude auf Wunsch  
Berlin • F. SOENNECKEN • Leipzig  
• BONN •

## Künstlerspiele Panorama 5-Uhr-Tee

Frau Mina Sandten, Alt.  
Herr Konzertmeister Zörner, Violinist.

**Eintritt frei!**

Abends 18 Uhr:  
Frau Anne Mack-Wiß (Lieder  
zur Laute).  
Herr Ewald Schindler v. Alt. Theater.  
Am Flügel: Herr Willy Schreiber.

**PALMEN-GÄRTEN**  
heute 18. 4-Uhr-Tee  
Künstler-Cinéma Gerd Wahnsied.  
**Herr Emil Herveling**  
vom Stadttheater u. Frau Helene Herweling-Hoch-  
heimer. Duette und Sätze von Seite.  
Am Klavier: Herr Siegfried Niescher.  
Donnerstag 18. 4-Uhr-Schaffhauser-Wiens.  
Freitag 19. 4-Uhr-Münchener-Eltern-Wiens.  
Samstag 20. 4-Uhr-Schaffhauser-Goldsberg.  
Vorteilhaftes Dauerkarten für 1921.

## Nicht-U.T. Spiel

Täglich mit großem Erfolg.  
Nur noch 3 Tage!

### Gefolterte Herzen.

Sittenroman.

Wieder spannende  
Akte

10  
Hauptrolle:  
Mia Pankau.

10  
Feld: 10  
MK: 10  
Heimst: 10  
In den Kinos: 10  
In den Kinos: 10

Wohin gehen wir heute?  
Straßenbahn 5, 6, 8, 20 und 21 ab  
Augenblicklich 5 Minuten.  
**Drei Lilien**  
Deutsche Dienstung  
ab 7 Uhr  
Der große Ballbetrieb  
mit dem  
Künstler-Streichordnet  
(Dir. Ruhmert).

## Königs-Pavillon

Promenadenstr. 8

## Kasino - Lichtspiele

Neumarkt

Nur noch 3 Tage!

Der 1. verbliebene Ullstein-Roman

**Die Kwanon von Okadera**  
Drama in 6 Akten  
nach dem gleichnamigen Roman  
von Ludwig Wolff.  
(Original-Aufnahmen aus Japan).  
In den Hauptrollen:  
Werner Krauß, Marija Leiko, Lili Dagow, Paul Morgan

Hierzu das besondere Beiprogramm  
Der dieser Ullstein-Roman ist an  
unserer Theatarkasse zu Mk. 4,50  
zu haben.

Ab Freitag, 7. Januar  
Der 11. Karl May-Roman

**Die Todeskarawane**  
6 Akte aus dem Romanzyklus „Von  
Bagdad nach Samarkand“.  
Jugend, über 14-Jahre haben zu  
diesen Vorstellungen auch abends Zutritt.

Wochentage: Öffnung 1/2 6 Anfang 5 Uhr Ende 10 1/2 Uhr

## Blumensäle 7 1/2 Uhr

### Leipziger Künstlerspiele das neue Schlagerprogramm.

Jda Carola  
die Deutsche  
Gertrud Gräbner  
Schauspielerin  
Hans Curt Dreyer  
Conferencier u. Vortragsschauspieler  
Grete Bodena  
jugendliche Charakterdarstellerin

Arthur Flatow  
Komiker  
Antonie Ries  
Bürooperette, Charakterdarstellerin  
Barry  
der vornehme hum. Komödiant  
Albert Gabriel  
Komödiant

Rosel Seledy  
Humoristin am Flügel  
Willy Riedel  
Sächsischer Komödiant  
Riga-Rigo  
Vortragsschauspielerin  
Wiener Schauspielerin  
Neubauer

## Nachtauftritt

7 1/2 Uhr

Gärtnerstraße 18.

**Meidi Hegener - Béla Gaszky**  
Claire Werner Willy Arnfeld Geschw. Parny  
Allegorie Humorist  
**Elenita Schlüter-Grünitz**  
The Mädeline des Koloraturgesangens!  
Edith Straßburger Stoppelmeyer Anny Koch  
die lustige Mädelchenin  
**Willy Rosen**  
Perfumier am Flügel

Magnif.-Art. Bü. (Bürode)  
Gelehrte Büch. Tandem  
H. Baumann, 293-00  
22-11-1920-11-11-1920

**Hauhalskerzen**,  
nur prima Ware, ger. und  
der Nachfrage, 1. Kaufpreis  
preise von 0,20 pro Packung  
4,5000 st. Pro Packung  
4,5000 st. Pro Packung  
4,5000 st. Der und 3 Satz der  
gerne Nachnahme obwohl  
Gebrauchsanweisung von  
Otto Köcher, Wollenbüttel  
Berlin Herzogstr. 12  
Vorlesest. Hannover 41900

**Briketts**,  
auf Vorrat aus  
Börne. Weißer Briketts per  
Sennert 17,50 frei Koffer  
Vorlesest. B. Gaupke  
Vorlesest. B. Gaupke

Wir übernehmen die Herstellung von  
**Preß-, Stanz- u. Gesenk-  
schmiedeteilen**  
sowie die  
mechanische Bearbeitung  
von Maschinenteilen  
aller Art.  
**Fritz Neumeyer**,  
Kommanditgesellschaft  
(vorm. Baierl & Kruppwerke)  
München, Volkmann 22. Schaltertag. Fernspr. 32501.

**Bechstein - Flügel**  
reiche Auswahl bei den Vertretern  
**HUG & CO.**  
Markgrafen-  
straße 10,  
Harmoniums, Pianos  
„Das Zahnpulver Nr. 23“  
(gleichzeitig geschält)  
die neue, verbesserte Zahnpflege auf wissen-  
schaftlicher Grundlage nach Zahndr. P. Fahr  
erhält die Zähne gesund u. blendend weiß.  
In allen Apotheken und Drogerien.

## Günstige Gelegenheit! Prima Qualität! K. J. C.-Kupferleitung

nach patent. Verfahren mit Kabelwachs imprägniert  
1 qmm Mk. 0,30 per Meter. 1,5 qmm Mk. 0,44 per Meter. — Abgabe nicht unter 1000 Meter.

**KABELWERKE G. m. b. H., DORTMUND**  
Telegramm-Adresse: Kabelwerke Dortmund.

Fernsprecher Nr. 1371 und 1436.

Rathaus bestehen.  
Dienstag, 4. Januar 1921  
Leipziger Schauspielhaus

Lumpenlavagabundus

oder „Das lieberliche Kleebild“.

Zusammen mit Gelang in drei Aufnahmen von J. Rehberg, i.

Werk von A. Müller, Magie, Zeit: Ausstellung der A. Müller.

Stellort: 2. Wigand

Ortsteil: 2. Wigand

Zeit: 2. Wigand

Wolfgang: 2. Wigand

Wolfgang

## Kommunale Fleischversorgung

Sicherlich keine Übernahme der Fleisch- und Wurstversorgung in städtischen Betrieb.

In der Sitzung vom 4. Februar 1920 hatten die Stadtverordneten den Antrag gestellt, "den Rat um Übernahme der Fleisch- und Wurstversorgung in städtischen Selbstbetrieb zu ersuchen". Der Rat hat in Verfolg dieses Antrages zunächst eine aus Vertretern des Rates, des Fleischergewerbes und der Fleischergesellschaft bestehende Kommission gebildet, die Richtlinien für die Kommunalisierung des Fleischergewerbes aufstellen sollte. Es hatte sich ergeben, daß ohne diese Richtlinien die Feststellung einer Planung und Aufstellung von Kostenrechnungen unmöglich war. Die Kommission hat die Angelegenheit eingehend beraten, und es wurde sowohl die volle Übernahme der Fleischversorgung durch die Stadt vom Erzeuger bis zum Verbraucher vorgeschlagen, als auch empfohlen, die Fleischgesellschaften mit den Großhändlern zu übertragen. Die Verhandlung hat zu keinem bestimmten Ergebnis geführt.

Man hat aber daraus ersehen — und das ist sowohl von den Fleischern, als auch von den Gebern der Kommunalisierung anerkannt worden —, daß eine Kommunalisierung des Fleischergewerbes nur im Gebiet der Stadt Leipzig unmöglich und daß sie unabhängig ist, sofern nicht zwei vom Reich gesetzliche Unterlagen für die Kommunalisierung geschaffen werden. Ohne solche würde die Erfüllung der Kommunalisierung den Ausgang des gesetzlich gewollten Gewerbebetriebs bedeuten. Es wäre zu erwarten, daß sich die Fleischer nicht daran hechten; sie würden außerhalb Leipzigs schlachten und das Fleisch in Leipzig absetzen. Es gäbe dann neben den kommunalisierten Fleischversorgung noch eine auerwirtschaftliche.

Auch aus finanziellen Gründen erscheint die Erfüllung der Kommunalisierung der Fleischversorgung jetzt nicht angebracht. Es würde sich bestimmt der Bau einziger großer Gebäude und die Anschaffung neuer Maschinenanlagen nötig machen, die bei den leichten Verhältnissen erhebliche Kosten verursachen würden. Der Rat hat deshalb beschlossen, die Kommunalisierung der Fleischversorgung so lange zurückzustellen, bis von Reichs wegen gesetzliche Bestimmungen erlassen worden sind, den Deutschen Städtetag jedoch zu ersuchen, für die schließlich Erledigung des Kommunalisierungsgesetzes einzutreten.

\* Erhöhte Aufwandsentschädigung für unbefohlene Ratsmitglieder und Stadtverordnete. Bei Beratung vom Konto 3 des Haushaltplanes hatten die Stadtverordneten befürwortet, dem Rat zu erlauben, ungeahnt eine Reaktion des Ortsgerichtes vom 27. November 1919 in dem Sinne in die Wege zu leiten, daß die Strafen für versäumte Volljährigen gemildert, für Unstimmigkeiten bestraft und die Aufwandsentschädigungen angemessen erhöht werden. Wie der Rat den Stadtverordneten jetzt mitteilt, kann er sich der Berechtigung des Antrages auf Erhöhung der Aufwandsentschädigung nicht verschließen. Er ist der Meinung, daß es bei den hiesigen Verhältnissen notwendig ist, den Aufwand für die Stadtverordneten um 50 Prog., also von 1000 M. auf 1500 M. und dementsprechend auch den Aufwand für den Stadtverordnetenvorsteher von 1800 M. auf 2700 M. zu erhöhen. Die Tätigkeit der unbefohlenen Ratsmitglieder mit den vielen Schwierigkeiten an Vorwürfen bedingt, wie sich gezeigt hat, eine höhere Aufwandsentschädigung als für die Stadtverordneten. Man hat deshalb gegeben, den unbefohlenen Ratsmitgliedern 2400 M. als Aufwandsentschädigung gewähren zu wollen. Im Falle der Gemildierung dieser höheren Strafe kann künftig jährlich aufzubringen für 17 unbefohlene Stadtstraße 40 800 M., für 71 Stadtverordnete 108 500 M., für einen Stadtverordnetenvorsteher 2700 M. insgesamt also 150 000 M., mindestens 60 200 M. mehr als bisher. Von diesem Mehraufwand entfallen 23 800 M. auf die unbefohlenen Stadtstraße und 36 400 Mark auf die Stadtverordneten. Der Rat hat beschlossen, mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab die Aufwandsentschädigung für die Stadtverordneten auf 1500 M. für den Stadtverordnetenvorsteher auf 2700 M. und für unbefohlene Ratsmitglieder auf 2400 M. jährlich festzulegen, zu Kosten des Haushaltplans 1920/21 insgesamt 15 050 M. nachzuverrechnen, ferner den Abzug für Fehler in den Stadtverordnetenabschlußrechnungen wegzulassen und das Ortsgericht vom 27. November 1919 durch Aufstellung eines entsprechenden Nachtrags zu übernehmen. Auch hierzu wird um Zustimmung der Stadtverordneten gebeten.

\* Grundlage für Behandlung von Überstreichungen und Nachbewilligungen. Infolge der inzwischen eingetretenen starken Geldentwertung sowie im Hinblick auf eine heute mehr als je anzustrebende Fleißersparnis hat der Rat beschlossen, die bisherigen Grundsätze unberührt und den Bestimmungen folgende neue Fassung zu geben: Bei Überstreichungen von mehr als 10 bzw. 20 Prozent in die Entschließung des Finanzamtes darüber herzutreten, ob die Genehmigung des Gesamtkräfte und die Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen ist. Beiträge die Überstreichungen mehr als 10 000 M. so ist die Genehmigung des Gesamtkräfte zur Beantragung des Nachbewilligungen bei den Stadtverordneten umgehakt einzuhören, auch dann, wenn die 10 000 M. unter

10 Prozent der Bewilligungssumme bleiben. Die Stadtverordneten werden erachtet, von diesen Abänderungen der bisherigen Grundsätze zu nehmen.

\* Zentralisierung der Kartensstellen. Nachdem von den Lebensmittelkassen nur noch die Brot- und die Jäckekarte größere Bedeutung haben und infolgedessen der Verkehr in den Kartensstellen ganz gering geworden ist, will die Unterhaltung der Kartensstellen in den Postämtern, soweit der erheblichen Kosten wegen, nicht mehr rechtfertigen. Die Kartensstellen werden deshalb, wie aus der beständigen Sachverständigung zu erkennen ist, sämtlich im Grundstück Schülstr. 1, also in günstiger Lage, im Innern der Stadt, untergebracht. Sie sind künftig geöffnet von 8—4; Sonnabends von 8—3 Uhr. Die Einstellung nach den bisherigen Kartensstellensbezirken bleibt bestehen. Die Zusammenlegung der Kartensstellen wird in mancher Beziehung den Kartensberechtigten als zweckmäßig empfunden werden. Das trifft besonders zu bei Umlösung von einer in die andere Kartensetze; denn es kann künftig die Umlösung in allen Fällen mit einem Wege erleichtert werden. Die Hauptanschläge — vielleicht etwa eins — finden auch künftig in den Postämtern statt. Nicht unerwartet mag bleiben, daß mit der Verlegung der Kartensstellen aus den Schulen weichen und dringenden Wünschen der Eltern und Lehrerinnen entsprochen werden.

\* Die Steuererschöpfung der Gewerbebetriebe. Die katholischen Handelskammern haben die Absicht, dahin zu wirken, daß bei der Veranlagung der Reichseinkommensteuer mit ordnungsmäßiger Durchführung für das zur Einkommensteuer heranzuhreibende geschäftliche Einkommen wieder — wie bisher schon in Sachsen — der Durchschnitt der letzten drei Jahre zugrunde gelegt werde.

### Der Fall des Pfarrers Dr. Albani

Zum Konfessionswechsel des bisherigen evangelisch-lutherischen Pfarrers von Bad Lausick, Dr. Albani, der, wie gestern berichtet, zur römisch-katholischen Kirche übergetreten ist, wird aus vorherrschender Seite noch folgendes mitgeteilt:

Gegen Dr. Albani können schwere disziplinarische Untersuchungen von Seiten des Landeskonsistoriums. Witten während der Verhandlungen gerade, daß der ihn am meisten belastende Zeuge vernommen werden sollte, erklärte Dr. Albani, daß er sein Amt niedergelegt. Damit mündete die disziplinarische Untersuchung abgebrochen werden. In jüngster Zeit ist Pfarrer Albani, nachdem er auf Pension, Weiterführung des Pfarrertitels und alle sonstigen Rechte des geistlichen Amtes seinen Verzicht ausgesprochen habe, vom Landeskonsistorium aus seinem Amt entlassen worden.

W. und noch weiter mitgeteilt wird, daß die katholische Presse den Fall Dr. Albani bisher noch zu keinerlei Angriffen auf die evangelische Kirche benutzt. Man hält daher auch von evangelischer Seite jedwede Polemik mit dem Katholizismus in Anklage an diesen Vorgang nicht für angebracht. Somit dürfte eine weitere Beschämung der Deutschen Kirche mit dem Konfessionswechsel des Pfarrers wohl nicht mehr in Frage kommen.

\* Doppeltes Rentenfest der Jawohlmarken. Aus Leserkreisen wird uns geschildert: Infolge der am 20. Dezember 1920 plötzlich eingetretene Erhöhung des Verkaufspreises der Invalidenmarken entsteht der freiwillig Weiterverkaufserkenntnis ein doppelter Rentenwert für die juristisch Zeit den doppelten Rentenwert anstreben müssen, wenn sie mit dem Leben der Marken im Nachlaufe waren. Ich pflege z. B. nach Ablauf eines jeden Vierteljahrhunderts meine Wertpapiere zu entrichten, eine Mahnung, wie sie bei den doppelten Rentenmarken passiert ist. Da ich pro Woche 1,40 M. lebe, habe ich durch die jährige, ganz plötzliche Verdopplung des Verkaufspreises für die Zeit vom 3. Oktober bis 19. Dezember, also 12 Verkaufsstufen, fast 12 mal 1,40 M. 12 mal 2,80 M. zu bezahlen; also ungeradeweise mehr als 12 mal 1,40 M. gleich 16,80 M. zu bezahlen. Vielleicht drehen sich besagte Stellen hierzu einmal, um zu erreichen, daß den Verlegerinhabern, die es betrifft — und es werden sicher viele sein —, irgendwie Gelegenheit geboten wird, für die jährliche Zeit die Marken zum alten Sothe nachzuholen, vielleicht an einfachen durch Vorlage der Versicherungskarte am Posthalter. Die notwendige Erhöhung des Verkaufspreises für Aufbringung von Beihilfen für die Rentenempfänger wird ohne weiteres anerkannt, aber anderweitig muß gefordert werden können, daß durch diese Verordnung „wie aus bessarem Himmel“ verhindert wird, daß eine begrenzte Zahl von Versicherungsnehmern diese Erhöhung nicht schon Wochen, ja Monate vorher zu tragen hat.

\* Zur Ausgabe des Porzellan-Rotfelds. Die bessige „Sächsische Staatszeitung“ veröffentlicht die Verordnung des Finanzministeriums über die Ausgabe von Porzellan-Rotfeld. Es wird darauf hingewiesen, daß die Rotfeldfläche die Zahl 1921 aufweisen und Stück mit dem Jahreszahl 1920 keine Gelderjähre sind, sondern nur Sammelwert haben, ebenso alte Stücke zu 5, 10 und 20 M. mit der Jahreszahl 1920 oder 1921. Die staatlichen Rästen sind angestiegen worden, das Porzellan-Rotfeld in Abbauung zum Rentenwerte anzunehmen. Im übrigen findet eine Verpflichtung zur Annahme nicht statt. Nach dieser Verordnung kommen zunächst zur Ausgabe das Zwanzig- und Fünfzigpfennigstück und Stück zu 1 und 2 M.

\* Die deutsche Arzneilage für 1921 ist vom 1. Januar ab in den Fällen anzusehen, die in der Verordnung vom 18. März 1920, die Einführung einer einheitlichen deutschen Arzneilage betreffend, und der Abänderungsverordnung vom 19. Februar 1920, angegeben sind. Die amtliche Ausgabe der deutschen Arzneilage 1921 wird noch im Laufe dieses Monats im Buchhandel erscheinen und kann zum Preise von 8 M. für das Etikett bezogen werden. Die Apotheken sind berechtigt, stoff des bisherigen Teuerungszuschlags von 40% auf jede Arznei nach der abgegebenen Arznei einen Teuerungszuschlag von 80% zu erheben, wobei jedoch von dem Teuerungszuschlag angenommen wird: a. Arzneimittel oder Arzneien, die in abgekürzter Packung aus dem Handel bezogen und in dieser abgegeben werden und nach Absatz 21, Absatz 1, der besonderen Bestimmungen der deutschen Arzneilage berechnet werden; b. die nach den geltenden Bestimmungen auch außerhalb der Apotheken verkäuflichen Arzneimittel, soweit sie unvermischt und ungefüllt abgegeben werden.

### Zum Reichsnaropfer

Feststellung des Annahmewertes selbstgezeichnete Kriegsanleihen.

Hat ein Steuerpflichtiger, der zur Entrichtung des Reichsnaropfers selbstgezeichnete Schuldverschreibungen oder Schahnenurkunden der Kriegsanleihen des Deutschen Reiches verwendet will, die Bank, die Sparkasse oder die geschäftsmäßig Bank- oder Bankiersgeschäfte betreibende Unternehmung, bei der sich die Kriegsanleihen in Verwahrung befinden, nachweislich von dem 1. Januar 1921 beauftragt, einen ziffernmäßig bestimmten Betrag dieser Stücke zur Bezahlung seiner Reichsnaropferschuld einer amlich bestellten Annahmestelle für Wertpapiere einzuzahlen, so gilt dieser Auftrag als Antrag an die Annahmestelle zur Annahme der Wertpapiere und der Tag des Eintrags des Auftrags bei der Bank usw. als Tag der Übergabe der Wertpapiere an die Annahmestelle. Daraus ergibt sich, daß der am 2. Januar 1921 fällige Schecke dieser Stücke der Kapitalertragstück nicht unterlegt, und zwar auch dann nicht, wenn der Scheck von den genannten Unternehmungen bereits am Tage des Eintrags des Auftrags getrennt war.

In diesen Fällen hat die Bank usw. bei Ausführung des Auftrags der Annahmestelle eine von ihr abgesteckte Bescheinigung über den Tag des Eintrags des Auftrags mit vorzulegen.

Auf selbstgezeichnete Schuldverschreibungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs findet der Absatz 1 entsprechende Anwendung, wenn der Antrag auf Übertragung der Schuldverschreibung nachweislich vor dem 1. Januar 1921 bei der Reichsschuldenverwaltung eingegangen ist.

\* Die Preis der Rohbraunkohlenförderung. Infolge des Abkommen von Spa ist für die deutsche Industrie die Umstellung von der Steinholzkohlenförderung auf die Rohbraunkohle zu einer Zwangslage gekommen. Wie allgemein bekannt, ist es natürlich nicht möglich, eine bessere mit Steinholzkohle beschichtete Feuerung ohne weiteres für Rohbraunkohle zu benutzen, ohne daß der Heizer jahrlings geschädigt wird. Vielmehr muß, da der Heizwert der Rohbraunkohle um ein mehrfaches geringer ist, als bei der Steinholzkohle, die Feuerungsanlage entsprechend umgebaut und erweitert werden, um in den Kesselräumen der Betriebe die gleiche Energiedichte zu erzielen wie bisher. Je schneller diese Umstellung vor sich geht, um so eher wird es gelingen, unsere Industrie wieder auf die normale Arbeitsfähigkeit zu bringen. Nach dem gegenwärtigen Stand der Rohbraunkohlenförderung in industriellen Betrieben ist die Umstellung zielgerichteter Betriebe auf die Rohbraunkohlenförderung bisher in gewissem Umfang schon als durchgeführt anzusehen. Allerdings sind viele Betriebe mit Übergang noch im Rückstand und leben daher unter Rohbraunkohlerzeugern, weil die Spezialfabriken für Rohbraunkohle die Umgestaltung der Feuerungsanlagen obliegt, naturnäßig noch einige Zeit brauchen, um den bedeutenden Arbeitsstoff völlig befähigen zu können. Zu dieser unvermeidlichen Verzögerung kommt über noch eine andere Verzögerung, die bei gutem Willen wohl abgestellt werden könnte. Man hat beobachtet, daß die Belieferung der von den Braunkohlenbergwerken entfernten Industriewerke mit Rohbraunkohle durch den Reichsbahnkommissar eingerichtet zu wünschen übrig läßt, offenbar wohl, weil die amlichen Stellen den weiten Transport dieses an sich geringwertigen Gesteins nicht für lohnend genug halten. Demgegenüber muß aber unbedingt berücksichtigt werden, daß auch diese von der Braunkohle entfernten gelegenen gewerblichen Betrieben, die bisher die jetzt so knappe Steinholzkohle verfeuerten, durch Erleichterung der Anfahrt ein Interesse zur Umstellung auf Rohbraunkohle gehabt haben. Man hofft daher, daß auch in der Belieferung der grünen Werke baldig eine Verbesserung ermöglicht wird.

\* Eine außerordentliche Hauptversammlung der städtischen Beamtenkasse besteht infolge der Rundung des Mitgliedsbeitrags eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge um monatlich 15 Mark ab 1. Januar 1921. Gleichzeitig wird den im Ruhestand befindlichen Beamten und Widern in Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Notlage eine Erhöhung genehmigt. Es haben nunmehr zu zahlen freiwillige Mitglieder 25 Mark, Pflichtmitglieder mit Beamtengegenwart 23,40 Mark, im Ruhestand befindliche Beamte mit einem Einkommen bis zu 10 000 Mark 20 Mark und

## Sonjas letzter Name

Von Otto Stoell.

Nachdem verboten.

Aber bedenke doch: Der Jupitertempel und die Schmetterlinge und die deutsche Wissenschaft, die durch dein Stipendium gefördert wird, Pflichtvergessener. Das Nein ist eine schöne Sache, besonders auf Staatskosten!

Mit soll der Staat und die Wissenschaft bei Nacht begegnen. Dann können sie bei Gelegenheit meine Gedanken treffen, die ohnedies auf die Wissenschaft schlecht zu sprechen ist. Verschwinde ich aber morgen, wie ich soll und muß, danngrade mir Gott. Warum bricht der Feind gerade jetzt nicht aus? Morgen geht mein Schiff! O, ich armer Narr, der ich doch, in aller Welt gerade ich, weghaben muß nach Schmetterlingen! Einem gescheiterten Rettungsversuch konnten sich die guten Männer gar nicht ausdenken, als die Schmetterlinge von Sybillen.

Mit einer freundlichen Vergebung rührte sich Roszkowski den Fremden, und sprach sie mit freundlicher deutscher Worte an, die ihm gar bald ihr Vertrauen erwarben, so daß sie ihm einen Becher Wein einschenken und ihn an ihrer Heiterkeit und ihrem Humor teilnehmen ließen. Der blonde Jäger erzählte ihm gleich seinen Schmerz. Er war von einer Hochkoule Deutschlands, von einer der vielen heimischen Betriebsstätten der jüttischen wissenschaftlichen Zwecklosigkeit mit einem anfeindlichen Stipendium nach Italien geschickt worden, um Schmetterlingsforschungen zu treiben und insbesondere eine Sammlung der sizilianischen Falter anzulegen. Aber, nachdem er ein halbes Jahr lang durch Mittelitalien gewandert war und nun in Neapel sich in ganz andere, bessere Unternehmungen eingelassen hatte, verlorde ihm der Zweck seiner Reise peinlichen Verdruß, und er fand, daß ein Mann wie er schließlich Besseres zu tun habe, als Schmetterlinge nachzujagen. War denn nicht ein schönes, schwarzes Frauenzimmer ein edler Falter, als das farbigste Nachtpfauenauge, und war nicht jeder glühende Tag Neapels und seines jungen Lebens ein entzückender Schmetterling, dessen Flügel das unwiederbringliche Gold der herrlichsten Zeit schwiebend vor dem hellen Blick zittern ließen?

Roszkowski mochte einen ersten Vorschlag. Er sei gegen einen beschiedenen Anteil der ausgeworfenen und verfügbaren Reissumme, der ihm eben den Aufenthalt ermöglichte, bereit, an Stelle des hoffnungsvollen, aber verzweifelten jungen Gelehrten nach Palermo zu fahren; Schmetterlinge zu fangen, anzuspannen

und in Kochbüchsen ordentlich zu verwahren, wisse er von seiner Knabenzeit her, wo er mit ungemeiner Sorgfalt einst das Wappen, Podollens aus verschiedenfarbenen Schmetterlingen: Blaulingen, Weißlinge, Trauermanteln, Ölflecklern, Pfauenauge, Galen, Seglern, Sittronenfaltern, Aurora, Blutzögeln, Spanner, Schwärmer, Apollofaltern aufs kunstreichste dargestellt habe, welche noch heute in der Kadettenchule zur allgemeinen Bewunderung ausgestellt sei, er habe sich gerade für diesen Zweig der zoologischen Wissenschaft sehr leidenschaftlich interessiert. Wenn er auch freilich die nötigen Spezialkenntnisse auf diesem Gebiete sich anzueignen sollte leider keine Gelegenheit mehr gebe, seit er doch bereit, den Verluste bei so günstigem Anloch nachzuholen und schade sich gleich, auf die Weise sowohl einem sympathischen Manne, als auch seinem eigenen Wunsche dienen zu können. Der Herr werde ihm doch sicherlich die erforderlichen Werke zur Verfügung halten können. Und dann käme es zu zunächst nur auf die Zusammenstellung des Materials an, dessen wissenschaftliche Verarbeitung der junge Gelehrte ganz wohl hiefe.

Genzig, der abenteuerliche Vorschlag wurde von der abenteuerlichen Dame als der selbstverständlichste und großerartigste Ausweg angenommen. Gegen eine ehrenwerte Sicherung des stiegligen Schmetterlingsammlungsbestandes in Syrakus und Palermo erließ der reisende Geist eine häbliche, nach seinen Begehrten und Bedürfnissen reichliche Summe Geldes, ein paar große, grüne Nette, etliche gezeichnete Blüthen, ein Mikroskop, drei notwendig orientierende Bilder eingesändigt und reiste am Stelle des gelehrt Stipendiats am nächsten Morgen für einen Monat nach Palermo auf Schmetterlingsjagd und ließ sich sowohl das neue Studium, als auch die Runde von Land und Leuten angeleben, durchstreift verschiedene Ebenen und Höhen, bestieg den Aetna, wanderte unter Tempeltümern, begleitete Hirten mit ihren Herden, schaute mit jungen Jägern nach den kleinen Singoëgeln, die er sich unter den glänzenden Sternen an einfamen Feuer briet, schließt zur Nacht auf den warmen Steinen; kam er bei Tag mit Schmetterlingsnetz und Blüthen durch strohende Obstgärten, so erwarb er sich die herrlichste Naturtrübe, duftende Pflanzen, herbe Trauben, saftige Feigen aufs wohlseiste in Abwesenheit des Besitzers, kurz er lebte eine wunderbare Zeit, die er um so seltener genoß, als es ihn nichts kostete, wodurch jeder Gewinn in der Welt recht eigentlich vertrieben wird, denn es ist nicht zu leugnen, ein gesundener Krebs freut inniger, als ein erkrankter Gold.

Nach Neapel zurückgekehrt, über gab er die ansehnliche Schmetterlingsammlung der vollständig durchforsteten sizilianischen

Arten seinem Sohne zur weiteren wissenschaftlichen Bearbeitung und gedachte über Marcella schließlich heimzukehren.

In dieser Stadt erwog er, wie schade es eigentlich wäre, bei dieser Gelegenheit die Riviera zu verfehlten. Aber seine Befreiung war nur mehr sehr knapp. Er berechnete, daß er zwölf Geld genug besitze, um von Genoa nach Hanse zu fahren und dabei, sparsam wie immer, für Essen, Trinken und Quartier, soviel er eines nötig hätte, aufzukommen, aber für die Strecke von Marcella bis Rizza, die er doch nicht wohl zu Fuß durchgehen möchte, blieb ihm nur wenig übrig. Von Rizza nach Genoa gedachte er die heimliche Wanderung anzutreten, aber wie würde er nach Rizza kommen? Nach seiner genauen Rechnung durfte er sich diese Fahrt vierundzwanzig Franken kosten lassen, nicht einen Rappe mehr. Der Schnellzug aber, den er benötigen mußte, um die seinem Vermögen angepaßte strenge Reisezeit zu wahren, erforderte gerade fünfundzwanzig Franken.

Seine Erfahrung lehrte ihn, eben aus der größten Eile den möglichen Vortritt zu ziehen. Er wartete daher den Abgang des Schnellzuges bis zur letzten Minute ab, läßt sich voll hast an den Schalter, verlangt ein Billett nach Rizza, was seine vierundzwanzig Franken, gänzlich in Kleingeld umgewechselt, als einen wütigen Haufen vor den Kassierer und stürmt zum Zug. Letzter aber hatte der Kassierer, noch bevor sich der Fahrgäste auf den Waggon schwingen konnten, die Summe abgezählt und zu gering fanden. Schon pfiff die Lokomotive, schon stand Roszkowski auf dem Trittbrett, schon wollte sich die stampfende Masse ins Rollen setzen, als ein Schaffner dem letzten Passagier mit einem los

Witwen 15 Mark. Die Kasse gewährt ihren Mitgliedern und deren versicherungspflichtigen Mitgliedern außer den üblichen Heilmitteln freie ärztliche Behandlung und Arznei. Krankengeld gewährt die Kasse nicht. Sie für die vorstehende Ehefrau eines Mitgliedes den Haushalt führende erwachsene Tochter eines Mitgliedes hat, soweit sie nicht selbst krankenversicherungspflichtig ist und kein steuerpflichtiges Vermögen besitzt, Anspruch auf freie ärztliche Behandlung und Arznei. Der Zuschuß für Krankenhaus- und privatärztliche Versorgung ist von 300 auf 720 M. erhöht worden.

\* Erneuter Klageantrag des Rates gegen Friedrich Geyer sen. In der Sitzung vom 30. Juni 1920 hielten die Stadtverordneten dem Beschluss des Rates auf Abberufung gegen Friedrich Geyer sen. wegen des Vorgangs am 5. März 1919 (Erpressung von 400 000 M.) die Zustimmung verweigert. Da für die Mehrheit des Kollegiums neben anderen auch juristische Gründe die maßgebend waren, so bat der Rat unter Mitteilung der Gründe ein juristisches Gutachten eingefordert. Dieses kommt in aussichtlicher Bevorzugung zu dem Schluß, daß die Stadt zur Klage erledigung durchaus berechtigt ist, gleichviel ob wirklich der Arbeiter- und Soldatenrat zu jener Zeit Träger der Staatsgewalt gewesen ist oder nicht. Denn wenn das auch der Fall gewesen sein sollte, so wäre die Handlung doch rechtswidrig gewesen, da die Stadtgemeinde ja keinesfalls zu jenen Leistungen an die Eisenbahnerarbeiter verpflichtet sein konnte, denn auch die Staatsgewalt könnte den Vertreter einer Stadtgemeinde nicht zu Leistungen zwingen, die ihr gesetzlich nicht obliegen. Es sei auch undenkbar, daß Herr Geyer sich wirklich für berechtigt gehalten hätte, die Anwendung auf das Geld zu erzwingen; es müsse vielmehr angenommen werden, daß er mit vollem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit, also vorsätzlich, gehandelt habe. Also könnte auch nicht die Vorfahrt des § 830 Absatz 1 S. 2 BGB. in Frage kommen, wonach bei fahrlässiger Handlung der „Beamte“ nur in Anspruch genommen werden kann, wenn sonst niemand zum Erfolg gebracht werden kann. Aber diese Vorfahrt sollte auch schon deshalb für diesen Fall aus, weil jedenfalls eine Beamtenegentwalt Herrn Geyer nicht zugestanden. Der Rat batte es demnach für seine Pflicht, für die Abberufung mit allen Mitteln einzutreten, um das Vermögen der Stadt vor einem Schaden zu bewahren, der durch den rechtlich nicht zu begründenden Verzug auf die Lage entstehen müßte. Ein solcher Verzug sei um so weniger gerechtfertigt, als Herr Geyer sen. in guten Vermögensverhältnissen ist und mit Sicherheit die einzuklagenden 25 723 M. zahlen könnte. Der Rat erachtet daher die Stadtverordneten, dem Ratsschluß auf Klage gegen Herrn Geyer sen. wegen Abberufung am 25. Januar 1920 anzustimmen.

\* Erhöhte Gütersteuer. Nach einer Bekanntmachung der „Sächsischen Staatszeitung“ treten am 1. März 1921 infolge Vereinigung der Güterfertigung Pieschens-Lindenau preußischen Eisenbahnhäuser und Plagwitz-Lindenau sächsischen Bahnhöfen zum Teil Erhöhungen der Tarifentfernung von 1 Kilometer in Kraft, die teilweise mit Frachterhöhung verbunden sind.

\* Aufbewahrung von Fahrrädern. Von 1. Februar 1921 an werden die den Inhabern von Zeitkarten zugesonderten ermäßigten Gebühren für die Aufbewahrung von Fahrrädern erhöht, und zwar bei Monatskarten von 4,80 M. auf 12 M. und bei Wochenkarten von 1,20 M. auf 3 M. Gleichzeitig wird die Haltung der Eisenbahn für Verlust oder Beschädigung des Rades von 100 M. auf 300 M. erhöht.

\* Aus der Deutschen Demokratischen Partei. Der Bezirk A. Nienhöfen, Neustadt, Reudnitz, Volkmarshausen veranstaltet heute abend 8 Uhr im Hotel Biermann, Dresdner Straße 27, eine Mitgliederversammlung. Neben der Erledigung des geschäftlichen Teiles wird Generalsekretär Erich über den Nürnberger Parteitag und die politische Lage berichten.

\* Die deutsche östliche Mission lädt zurzeit nur nach 5 auf den Missionssiedlungen ihres Bezirks: 3 in China und 1 in Tibet und Sumatra. In die Heimat zurückgekehrt sind im ganzen 22 deutsche Missionssäfte. Den Reste zum Opfer gelassen sind 5 Missionssäfte. Von den im Missionssiedlungen in Tschitschen ausgebildeten Missionaren sind noch 5 auf ihren Posten, von den Schwestern 14, von den Diakonen 3. Das deutsche Missionsbüro arbeitet die Mission wieder wie das während des Krieges gebaute Tropen-

\* Stein- und Mittenkreis. Fotographie Leipzig und Umgegend. (Beginn, Jena, Weimar, Werdau, Zwickau, Altenburg usw.) der Stein- und Mittenkreis des Landesvereins Sachsen des Deutschen Rentnerbundes e. V. Standort: Stadt, Berlin über die Hauptverwaltung des Landesvereins, Reichsnotariatsabteilung, Hauptkassestrasse, Aktenabteilung. Gründung einer Ortsgruppe der Rentnervereinigung. In das neue Jahr tritt die Leipziger „Illustrirte Zeitung“ (Verlag F. A. Weber) mit Nummer 4038 verleihungsbereit ein. Die prächtig farbige Wiederabdruck eines Weimarer Museumsbuchs, der „Gute mit Gütern“ des bekannten Malers aus der Meisterzeit Georg Friedrich Kersting, erschien die Nummer, in der sich noch ein weiteres, besonders die Jäger interessierendes Bild „Fasen im Treiben“ von Adolf Werner jetzt farbig reproduziert findet. Das 50jährigen Jubiläum des Deutschen Reichs wird durch einen goldfarbenen Ring an das Bonner Historische Archiv, Sport, Musik und ein Bildersalon gekadet. Die wichtigsten Landesregimine, seiner Theater, Sport, Mode, Kunstscheide werden großzügig dargestellt. „Winterfreuden auf dem Lande“ schafft eine lustige Zeitung nach Schwedenbild. „Winterliche Weitwande und Naturwissenschaften“ geben reiche Anregung.

\* Sonne Nachmittags für die Jugend. 16. Verkaufsstätte Sonnenbad, den 2. Januar, nachmittags 14 Uhr, im Städtischen Kaufhaus, Hellerer Platz 11a. Karten (Kronen) vor C. A. Stumm, Neumarkt 21. Eintrittskosten je 10, 750 M. nur noch bis 8. Januar.

\* Ehrengabe des Bürgermeisters Dr. Kreichmar in Dresden.

Das 25jährige Jubiläum, das Bürgermeister Dr. Kreichmar am 2. Januar als Mitglied des Rates in Dresden beginnt, gefestigt sich für ihn zu einem redlichen Ereignis. Um 12 Uhr erschien in der Wohnung des Jubiläums in der Packstraße 1 eine Abordnung des Rates und der Stadtverordneten. Oberbürgermeister Bläßke und Vorsteher Nielsche ließen längere Ansprachen, in denen die Redner die vieljahrigen Verdienste Dr. Kreichmars um die Stadt Dresden in herzlichen, warm empfundenen Worten betonten. Die Herren überreichten darauf dem Jubilar die große goldene Ehrendenkmalzeichen der Stadt Dresden, die ihm von den städtischen Abgeordneten anlässlich seiner 25jährigen Zugehörigkeit zum Rathskollegium verliehen worden ist.

\* Explosion eines Feuerwerksbüros. Während einer Ballfeierlichkeit in der Silvesternacht in Dresden wurden in einem Saale von jungen Leuten auch Feuerwerkskörper angezündet, wobei sich ein schwerer Unfall ereignete. Ein 19jähriger Jahntechniker wollte nach Mitternacht einen Bekannten eine Rakete übergeben; plötzlich entlud sich diese und zerriß jenen die Hand. Der schwerverletzte junge Mann wurde mit Unfallwagen ins Krankenhaus Friedrichshof gebracht.

\* Ichopen, 3. Januar. Einbruch. Die Diebe haben sich durch Erbrechen der Fensterläden und der Doppelfester Eingang in den im ersten Stock befindlichen Lagerraum der Firma Gebr. Gensel verschafft. Hier felen den Einbrechern Waren im Wert von 12–15 000 M. in die Hände. Mit dem frühen 5 Uhr von hier nach Chemnitz abgehenden Zug brachten die Diebe sich und ihre Beute in Sicherheit.

\* Nadebusch, 3. Januar. Die Sammlung für die Deutsche Kinderhilfe hat in der Gemeinde Nadebusch die stattliche Summe von bisher 46 663 M. ergeben, dabei steht das Endergebnis noch gar nicht einmal fest, da noch verschiedene Wohltätigkeitsveranstaltungen sind, deren Erlöse auf dem gleichen Zwecke zugeschlagen sollen.

\* Bautzen, 3. Januar. Der Fall Juschka-Großwölke. Der Landeskriminalbeamte, Brigadier Bautzen, ist es überwiegend schnell gelungen, die Täter des am Abend des 24. November 1920 an den Galgen Juschka verübten schweren Verbrechens zu ermitteln. Es sind dies der 32 Jahre alte Brauer Ernst Groß, der 28 Jahre alte Steinmetz Arthur Wünsche, beide aus Lauterwalde, der 19 Jahre alte Arbeiter Martin Wölf aus Ningenhain, der 24 Jahre alte Hanschlächer Paul Zimmermann und sein Bruder, der 22 Jahre alte Grubenarbeiter Max Barthel, beide aus Neu-Jehnitz bei Neschwitz. Die vier Geständeten sind, wie bereits mitgeteilt, verhaftet. Barthel ist noch flüchtig. Der Plan, Juschka zu verarbeiten, dürfte von Lieblich ausgegangen sein, der mit Juschka durch Schlechthandelsgeschäfte bekannt war. Die fünf Verbrecher hatten sich nach Verabredung am Abend des 24. November

im Gasthaus „Zum Stern“ in Bautzen getroffen und waren auf ihren Fahrrädern nach Großwölke gefahren. Dort war Lieblich bei den in einen Busch gestellten Rädern geblieben, während die vier anderen zu Juschka gegangen waren, mit ihm gezeigt, ihn durch ein in sein Getränk geschüttetes Mittel betäubt und dann gefesselt hatten. Juschka ist dabei ums Leben gekommen. Die Räuber hatten dann die Räume nach Geld durchsucht, waren aber durch das Erwachen der Angehörigen Juschkas gestört und vertrieben worden. Ihre Beute war nur gering gewesen.

### Zum Riesenbefreiung beim Waffenamt

Die Feldzeugmeisterei feiert mit: Noch bevor die Feldzeugmeisterei (Abw.) davon Kenntnis hatte, daß das Finanzamt Essen irgendwie mit der Sache befehl war, wurde bereits im September d. J. bei der Staatsanwaltschaft I gegen Hering, der weder Abteilungschef noch Diplom-Ingenieur ist, Anzeige wegen Verstossen gegen das Gesetz über die Waffenfabrik eröffnet. Gleichzeitig wurde Hering am 23. September 1920 vom Amt suspendiert. Bei der nunmehr seitens der Feldzeugmeisterei eingeleiteten Unterforschung wurde festgestellt, daß Hering sich noch verschiedenes anderes Unregelmäßigkeiten hätte zuschulden kommen lassen. Die ermittelten Tatachen wurden jedesmal sofort der Staatsanwaltschaft weiter gemeldet. Während dieser Ermittlung kam ein Beamter des Polizeiamtssatzes Camerlo im Auftrage des Finanzamtes Essen und teilte mit, daß gegen Meng Verstoß bestellt, Verstößen zum Zwecke der Steuerhinterziehung ins Ausland verschoben zu haben, und erbot für die dortigen Ermittlungen eine Zusammensetzung über die der Firma Meng in Essen erstellten Aufträge. Seitdem hat die Feldzeugmeisterei in Gemeinschaft mit dem Finanzamt Essen an der Aufklärung der Sache gearbeitet. Sie hat auch dem Finanzamt Wahrheiten über bei der Staatsanwaltschaft gestellten Anträge übermittelt. Die Angaben der „Morgenpost“ über die Höhe des Schadens, welchen der Fiskus erlitten haben soll, sind stark übertrieben. Eine Summe von 45 Millionen Mark kommt auch nicht im entferntesten in Frage. Der Wert der Meng erstellten Aufträge erreicht bei weitem nicht die Höhe der angeblich verdienten Summen. Ebenso ist es vollkommen aus der Lust gegriffen, daß noch mehrere Abteilungschiefs von Würde in diese Mäßre vernickt sind. Hering lebt war nur kurze Zeit auswärtsweise Referent. Im übrigen war er Angestellter in mittlerer Stellung. Hering wurde seinesfalls von seinem Leopoldine Würde zur Arbeitsleistung überwiesen. Aus seiner Stammrolle ging keine Vorwürfe nicht hervor. Ebenso phantastisch sind die Behauptungen, daß noch etwa 20 Verhaftungen von vielleicht Millionen aus Essen und Umgebung und von früheren Abteilungschiefs des Waffenamts bevorstehen. Weitere Veröffentlichungen können wegen Schwierigkeiten des Verfahrens zur Zeit nicht erfolgen.

\* Gera (Neu). 3. Januar. Eine halbe Million Mark zum Wohnungsbau. Eine bislang größere Firma hat der Stadt eine Spende von einer halben Million Mark gemacht, die ausschließlich für den Bau von Wohnhäusern Verwendung finden soll.

### Kunstkalender.

\* Philharmonische Gesellschaft. Das 5. Philharmonische Konzert des berühmten Philharmonischen Orchesters findet unter Leitung von Hartmanns am 2. Februar 1921 im Großen Saale des Festspielhauses statt. Solist ist Hermann Müller. Auftrittszeit 8 Uhr. Eintrittspreise: — 50 Pfennig. — 100 Pfennig. — 200 Pfennig. — 300 Pfennig. — 400 Pfennig. — 500 Pfennig. — 600 Pfennig. — 700 Pfennig. — 800 Pfennig. — 900 Pfennig. — 1000 Pfennig. — 1200 Pfennig. — 1400 Pfennig. — 1600 Pfennig. — 1800 Pfennig. — 2000 Pfennig. — 2200 Pfennig. — 2400 Pfennig. — 2600 Pfennig. — 2800 Pfennig. — 3000 Pfennig. — 3200 Pfennig. — 3400 Pfennig. — 3600 Pfennig. — 3800 Pfennig. — 4000 Pfennig. — 4200 Pfennig. — 4400 Pfennig. — 4600 Pfennig. — 4800 Pfennig. — 5000 Pfennig. — 5200 Pfennig. — 5400 Pfennig. — 5600 Pfennig. — 5800 Pfennig. — 6000 Pfennig. — 6200 Pfennig. — 6400 Pfennig. — 6600 Pfennig. — 6800 Pfennig. — 7000 Pfennig. — 7200 Pfennig. — 7400 Pfennig. — 7600 Pfennig. — 7800 Pfennig. — 8000 Pfennig. — 8200 Pfennig. — 8400 Pfennig. — 8600 Pfennig. — 8800 Pfennig. — 9000 Pfennig. — 9200 Pfennig. — 9400 Pfennig. — 9600 Pfennig. — 9800 Pfennig. — 10000 Pfennig. — 10200 Pfennig. — 10400 Pfennig. — 10600 Pfennig. — 10800 Pfennig. — 11000 Pfennig. — 11200 Pfennig. — 11400 Pfennig. — 11600 Pfennig. — 11800 Pfennig. — 12000 Pfennig. — 12200 Pfennig. — 12400 Pfennig. — 12600 Pfennig. — 12800 Pfennig. — 13000 Pfennig. — 13200 Pfennig. — 13400 Pfennig. — 13600 Pfennig. — 13800 Pfennig. — 14000 Pfennig. — 14200 Pfennig. — 14400 Pfennig. — 14600 Pfennig. — 14800 Pfennig. — 15000 Pfennig. — 15200 Pfennig. — 15400 Pfennig. — 15600 Pfennig. — 15800 Pfennig. — 16000 Pfennig. — 16200 Pfennig. — 16400 Pfennig. — 16600 Pfennig. — 16800 Pfennig. — 17000 Pfennig. — 17200 Pfennig. — 17400 Pfennig. — 17600 Pfennig. — 17800 Pfennig. — 18000 Pfennig. — 18200 Pfennig. — 18400 Pfennig. — 18600 Pfennig. — 18800 Pfennig. — 19000 Pfennig. — 19200 Pfennig. — 19400 Pfennig. — 19600 Pfennig. — 19800 Pfennig. — 20000 Pfennig. — 20200 Pfennig. — 20400 Pfennig. — 20600 Pfennig. — 20800 Pfennig. — 21000 Pfennig. — 21200 Pfennig. — 21400 Pfennig. — 21600 Pfennig. — 21800 Pfennig. — 22000 Pfennig. — 22200 Pfennig. — 22400 Pfennig. — 22600 Pfennig. — 22800 Pfennig. — 23000 Pfennig. — 23200 Pfennig. — 23400 Pfennig. — 23600 Pfennig. — 23800 Pfennig. — 24000 Pfennig. — 24200 Pfennig. — 24400 Pfennig. — 24600 Pfennig. — 24800 Pfennig. — 25000 Pfennig. — 25200 Pfennig. — 25400 Pfennig. — 25600 Pfennig. — 25800 Pfennig. — 26000 Pfennig. — 26200 Pfennig. — 26400 Pfennig. — 26600 Pfennig. — 26800 Pfennig. — 27000 Pfennig. — 27200 Pfennig. — 27400 Pfennig. — 27600 Pfennig. — 27800 Pfennig. — 28000 Pfennig. — 28200 Pfennig. — 28400 Pfennig. — 28600 Pfennig. — 28800 Pfennig. — 29000 Pfennig. — 29200 Pfennig. — 29400 Pfennig. — 29600 Pfennig. — 29800 Pfennig. — 30000 Pfennig. — 30200 Pfennig. — 30400 Pfennig. — 30600 Pfennig. — 30800 Pfennig. — 31000 Pfennig. — 31200 Pfennig. — 31400 Pfennig. — 31600 Pfennig. — 31800 Pfennig. — 32000 Pfennig. — 32200 Pfennig. — 32400 Pfennig. — 32600 Pfennig. — 32800 Pfennig. — 33000 Pfennig. — 33200 Pfennig. — 33400 Pfennig. — 33600 Pfennig. — 33800 Pfennig. — 34000 Pfennig. — 34200 Pfennig. — 34400 Pfennig. — 34600 Pfennig. — 34800 Pfennig. — 35000 Pfennig. — 35200 Pfennig. — 35400 Pfennig. — 35600 Pfennig. — 35800 Pfennig. — 36000 Pfennig. — 36200 Pfennig. — 36400 Pfennig. — 36600 Pfennig. — 36800 Pfennig. — 37000 Pfennig. — 37200 Pfennig. — 37400 Pfennig. — 37600 Pfennig. — 37800 Pfennig. — 38000 Pfennig. — 38200 Pfennig. — 38400 Pfennig. — 38600 Pfennig. — 38800 Pfennig. — 39000 Pfennig. — 39200 Pfennig. — 39400 Pfennig. — 39600 Pfennig. — 39800 Pfennig. — 40000 Pfennig. — 40200 Pfennig. — 40400 Pfennig. — 40600 Pfennig. — 40800 Pfennig. — 41000 Pfennig. — 41200 Pfennig. — 41400 Pfennig. — 41600 Pfennig. — 41800 Pfennig. — 42000 Pfennig. — 42200 Pfennig. — 42400 Pfennig. — 42600 Pfennig. — 42800 Pfennig. — 43000 Pfennig. — 43200 Pfennig. — 43400 Pfennig. — 43600 Pfennig. — 43800 Pfennig. — 44000 Pfennig. — 44200 Pfennig. — 44400 Pfennig. — 44600 Pfennig. — 44800 Pfennig. — 45000 Pfennig. — 45200 Pfennig. — 45400 Pfennig. — 45600 Pfennig. — 45800 Pfennig. — 46000 Pfennig. — 46200 Pfennig. — 46400 Pfennig. — 46600 Pfennig. — 46800 Pfennig. — 47000 Pfennig. — 47200 Pfennig. — 47400 Pfennig. — 47600 Pfennig. — 47800 Pfennig. — 48000 Pfennig. — 48200 Pfennig. — 48400 Pfennig. — 48600 Pfennig. — 48800 Pfennig. — 49000 Pfennig. — 49200 Pfennig. — 49400 Pfennig. — 49600 Pfennig. — 49800 Pfennig. — 50000 Pfennig. — 50200 Pfennig. — 50400 Pfennig. — 50600 Pfennig. — 50800 Pfennig. — 51000 Pfennig. — 51200 Pfennig. — 51400 Pfennig. — 51600 Pfennig. — 51800 Pfennig. — 52000 Pfennig. — 52200 Pfennig. — 52400 Pfennig. — 52600 Pfennig. — 52800 Pfennig. — 53000 Pfennig. — 53200 Pfennig. — 53400 Pfennig. — 53600 Pfennig. — 53800 Pfennig. — 54000 Pfennig. — 54200 Pfennig. — 54400 Pfennig. — 54600 Pfennig. — 54800 Pfennig. — 55000 Pfennig. — 55200 Pfennig. — 55400 Pfennig. — 55600 Pfennig. — 55800 Pfennig. — 56000 Pfennig. — 56200 Pfennig. — 56400 Pfennig. — 56600 Pfennig. — 56800 Pfennig. — 57000 Pfennig. — 57200 Pfennig. — 57400 Pfennig. — 57600 Pfennig. — 57800 Pfennig. — 58000 Pfennig. — 58200 Pfennig. — 58400 Pfennig. — 58600 Pfennig. — 58800 Pfennig. — 59000 Pfennig. — 59200 Pfennig. — 59400 Pfennig. — 59600 Pfennig. — 59800 Pfennig. — 60000 Pfennig. — 60200 Pfennig. — 60400 Pfennig. — 60600 Pfennig. — 60800 Pfennig. — 61000 Pfennig. — 61200 Pfennig. — 61400 Pfennig. — 61600 Pfennig. — 61800 Pfennig. — 62000 Pfennig. — 62200 Pfennig. — 62400 Pfennig. — 62600 Pfennig. — 62800 Pfennig. — 63000 Pfennig. — 63200 Pfennig. — 63400 Pfennig. — 63600 Pfennig. — 63800 Pfennig. — 64000 Pfennig. — 64200 Pfennig. —



**ASTORIA** Farsprecher 18195—96  
Windthien-straße 31  
**POLA NEGRI** Nur noch bis Donnerstag  
in der neuesten Filmaufnahme  
**Arme Violetta** 5 Akte  
Pola Negri ist hier wieder in ihrer Glanzrolle, die sie mit Leidenschaft und Einfühlung voll ausfüllt. Durch ihr verführerisches Spiel und Schönheit gelingt es ihr, als liebster Armut in die höchsten Gesellschaftskreise zu gelangen.  
**Der Silhouettenschneider**  
Lustspiel in 8 Akten mit Curt Häßel, früher Leipziger Stadtschauspieler und der übrige Spielplan — Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

Rabattverboten,  
Samstag, 4. Jan.,  
Sternst. 1815.  
Neues Theater. 3. Akt. 10.—  
Im neuen dekorativen Ausstattung  
Tannhäuser

und der Sängerkrieg auf der Wartburg.  
Große romantische Oper in drei Akten von Robert Wagner.  
Musik: Ullmann. A. Spanker. Inszenierung geleistet von K. Stöfler.  
Bettina, Liedchen 3. Müller. Cäcilie, Ritterin, Herta, Weston, Jacke, Gehrck, Smok, Cetaway, auch schwule u. getrag. Militär-Sachsen billigen. Wiedewitz, nebst Astoria Windthien-straße 31. Et.

Wolfsberg 1. Vogel. Dora, E. Ulrich, E. Gö-



